

**Antrag 127/II/2024****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****AfD rechtlich und politisch bekämpfen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des  
2 Deutschen Bundestags aus Berlin auf  
3 • den von Marco Wanderwitz MdB vorgelegten An-  
4 trag im Deutschen Bundestag zur Einleitung eines  
5 Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrig-  
6 keit der "Alternative für Deutschland" zu unter-  
7 stützen und umfassend um Unterstützung weiterer  
8 Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie Mit-  
9 glieder anderer demokratischen Fraktionen zu wer-  
10 ben

11

12 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion des Abgeord-  
13 netenhauses zu Berlin, die sozialdemokratischen Mitglie-  
14 der des Berliner Senats sowie die sozialdemokratischen  
15 Mitglieder des Deutschen Bundestags aus Berlin auf

16 • sich dafür einzusetzen, dass trotz angespannter La-  
17 ge der Haushalte in Land und Bund die Mittel für  
18 den Kampf gegen Rechtstextremismus und seine Aus-  
19 prägungen wie Rassismus, Antisemitismus, Islam-  
20 feindlichkeit, Queerfeindlichkeit, Behindertenfeind-  
21 lichkeit, Sexismus oder andere Ideologien der Un-  
22 gleichwertigkeit nicht gekürzt werden

23 • sich dafür einzusetzen, dass der Kampf gegen  
24 Rechtsextremismus und seine Ausprägungen wie  
25 Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit,  
26 Queerfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit, Sexis-  
27 mus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit  
28 in Berlin und in Deutschland intensiviert wird

29 • sich dafür einzusetzen, dass dies mehrdimensional  
30 geschieht - angefangen bei einer Erhöhung finan-  
31 zieller und personeller Kapazitäten von Strafverfol-  
32 gungsbehörden, über umfassenderen Schutz und  
33 Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen  
34 bis hin zur Ausweitung von Bildungsarbeit an Schu-  
35 len und Universitäten

36

37

**38 Begründung**

39 Es ist nicht mehr fünf vor zwölf – unsere Demokratie ist  
40 bereits ernsthaft in Gefahr. Die AfD zeigt zunehmend of-  
41 fen, dass sie demokratische Grundwerte ablehnt und die  
42 Gesellschaft spalten will. Einst als EU-kritische Partei ge-  
43 gründet, hat sie sich in kürzester Zeit radikalisiert und  
44 zeigt inzwischen verfassungsfeindliche Tendenzen. Das  
45 Verbot der Strömung „Der Flügel“ konnte die Partei nicht  
46 davon abhalten, extremistische Positionen weiter zu fes-  
47 tigen und die demokratische Ordnung infrage zu stellen.  
48 Angesichts dieser Gefahr ist jetzt der richtige Zeitpunkt

49 ein AfD-Verbotsverfahren einzuleiten und im Rahmen ein-  
50 nes solchen Vorstoßes die politischen Kräfte im Kampf ge-  
51 gen die AfD zu bündeln.

52

53 Die AfD untergräbt das Vertrauen der Bürger\*innen in de-  
54 mokratische Prozesse und Institutionen. Jüngste Vorfälle  
55 in Thüringen, bei denen sie versuchte, Wahlergebnisse zu  
56 delegitimieren, verdeutlichen, wie gezielt sie die Grundla-  
57 gen der Demokratie angreift. Doch ihre Angriffe beschrän-  
58 ken sich nicht auf demokratische Institutionen: Die Par-  
59 tei bedient sich rassistischer, queerfeindlicher und ableis-  
60 tischer Narrative, um Minderheiten systematisch zu diffa-  
61 mieren. Die Rechte von LGBTQ+-Personen und Menschen  
62 mit Behinderungen werden von der AfD infrage gestellt,  
63 was ein Klima fördert, in dem Diskriminierung und Gewalt  
64 gegen diese Gruppen zunehmend akzeptiert erscheinen.  
65 Ebenso setzt sich die AfD offen für frauenfeindliche Maß-  
66 nahmen ein und fordert beispielsweise Abtreibungsver-  
67 bote, um Frauen auf eine Rolle als „Gebärmaschinen“ zu  
68 reduzieren. Diese Positionen zielen darauf ab, Errungen-  
69 schaften der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung  
70 massiv einzuschränken und die Gesellschaft zu spalten.

71

72 Eine weitere große Bedrohung stellt die finanzielle Un-  
73 terstützung dar, die die AfD aus dem Ausland erhält, oft  
74 von autokratischen Staaten, die daran interessiert sind,  
75 die Demokratie in Deutschland und Europa zu schwächen.  
76 Durch intransparente Spendenströme erhält die Partei  
77 Gelder, die ihre extremistische Agenda befördern und die  
78 Verbreitung antidemokratischer Propaganda zur Destabi-  
79 lisierung der deutschen Gesellschaft fördern. Darüber hin-  
80 aus ist die AfD eng mit anderen rechtsextremen Bewegun-  
81 gen in Europa und der Welt vernetzt, die eine Vereinnah-  
82 mung liberaler Demokratien durch antidemokratische Po-  
83 litiker\*innen zum Ziel haben.

84

85 Angesichts der zunehmenden Verfassungsfeindlichkeit  
86 und des Einflusses autokratischer Kräfte bedroht die AfD  
87 nicht nur die demokratische Ordnung, sondern auch den  
88 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Grundrechte  
89 aller Menschen in Deutschland. Nicht zuletzt hat die AfD  
90 maßgeblich zur Verrohung des politischen Diskurses bei-  
91 getragen. Ihre aggressive und hasserfüllte Rhetorik zielt  
92 darauf ab, Andersdenkende einzuschüchtern und ein Kli-  
93 ma der Angst zu schaffen, das die Meinungsfreiheit un-  
94 tergräbt. Menschen, die sich für Gleichberechtigung und  
95 Menschenrechte einsetzen, werden öffentlich diskredi-  
96 tiert und eingeschüchtert. Dieses Verhalten polarisiert die  
97 Gesellschaft weiter und erschwert es, eine demokratische,  
98 respektvolle Debatte zu führen.

99 Derzeit wird die Radikalisierung der AfD-Anhängerschaft  
100 maßgeblich durch das Spitzenpersonal der Partei und  
101 rechtsextreme Vorfeldorganisationen vorangetrieben, die

102 sich rund um die Partei sammeln. Im Falle eines Verbots-  
103 verfahrens müssten sich AfD-Politiker\*innen sowohl in ih-  
104 ren Äußerungen mäßigen, als auch eine Distanzierung zu  
105 rechtsextremen Vorfelddorganisationen der Neuen Rech-  
106 ten beweisen, um nicht zum Erfolg des Verfahrens bei-  
107 zutragen. Einer Radikalisierung durch verstärkte Selbst-  
108 viktimisierung stünde so eine mögliche Verlangsamung  
109 der fortschreitenden Extremisierung von Parteipositionen  
110 entgegen und das Verfahren hätte das Potenzial, einen  
111 Keil zwischen Partei und Vorfeld zu treiben.

112 In Deutschland nehmen rechtsextreme Angriffe zu, und  
113 die AfD agiert als Brücke zwischen radikalen Netzwer-  
114 ken und dem öffentlichen Diskurs. Es geht bei einem  
115 AfD-Verbotsverfahren nicht um den Ausschluss von Kri-  
116 tiker\*innen des gegenwärtigen politischen Systems und  
117 der Parteiendemokratie aus der Politik. Es geht um das  
118 Verbot einer Institution, die als Dreh- und Angelpunkt  
119 rechtsextremer Kräfte in Deutschland fungiert, ihr Erstar-  
120 ken in heutiger Form erst möglich macht und, die von  
121 rechtsextremen Netzwerken genutzt wird, um sich in der  
122 Gesellschaft zu verankern. Aus AfD-Parlamentsbüros her-  
123 aus organisiert sich eine faschistisch-neurechte Zivilge-  
124 sellschaft, die wiederum durch die AfD in die Parlamente  
125 hineinwirken kann (und hoffentlich nie in eine Regierung).  
126 Zynischerweise mitfinanziert von uns allen.

127 Die AfD zu verbieten, ohne eine politische Reintegration  
128 (zumindest eines Teils) ihrer Wählerschaft in das Spek-  
129 trum demokratischer Parteien zu versuchen, würde zu-  
130 recht demokratische Bedenken wecken. Hier sehen wir  
131 uns als Sozialdemokrat\*innen auch selbst in der Pflicht,  
132 politische Lösungen anzubieten. Faschisten auch rechtlich  
133 den institutionellen und finanziellen Boden ihrer Agitati-  
134 on zu entziehen, ist jedoch gleichzeitig eine demokrati-  
135 sche Notwendigkeit und unsere historisch ererbte Pflicht.